# Gebührensatzung

### zur Abwassersatzung von Cottbus - Gallinchen

#### Präambel

Aufgrund der §§ 3, 5, 15, 35 und 75 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO), in der Fassung der Bekanntmachung der GO vom 10.Oktober 2001 (GVBl. I S. 154) in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 1, 2, 4, 6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG), in der Neufassung der Bekanntmachung des KAG vom 31.03.2004 (GVBl. I S. 173) in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 64 ff des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) vom 08.12.2004 (GVBl. I. S. 50), in der jeweils geltenden Fassung, des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) vom 19.02.1987 (BGBl. I S.602), in der jeweils geltenden Fassung, des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes im Land Brandenburg (BbgAbwAG) vom 08.02.1996 (GVBl. I Nr. 3 S. 14) des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten im Land Brandenburg (BbgDSG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. März 1999 (GVBl I S. 66), in der jeweils geltenden Fassung, sowie des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414,) in der jeweils geltenden Fassung, des zweiten Gesetzes zur landesweiten Gemeindegebietsreform vom 24.03.2003 (GVBl. I S. 68)

hat die Stadtverordnetenversammlung Cottbus in ihrer Sitzung vom XXXXXX folgende Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung von Cottbus-Gallinchen beschlossen:

### § 1 Grundsatz

- (1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlagen im Sinne des § 4 Absatz 2 KAG erhebt die Gemeinde Gallinchen, nachstehend Gemeinde genannt, zur Deckung der Kosten gemäß § 6 Absatz 2 KAG bis zum 26.10.2003 Benutzungsgebühren (Abwassergebühren). Ab dem 27.10.2003 erhebt die Stadt Cottbus für den Ortsteil Gallinchen, nachstehend Gemeinde genannt, zur Deckung der Kosten gemäß § 6 Absatz 2 KAG Benutzungsgebühren (Abwassergebühren).
- (2) Die Abwasserabgaben für eigene Einleitungen der Gemeinde, für Fremdeinleitungen, für die die Gemeinde die Abgaben zu entrichten hat sowie die Abwasserabgaben, die von Abwasserverbänden auf die Gemeinde umgelegt werden, werden über die Benutzungsgebühren (= Abwassergebühren) abgewälzt.
- (3) Abwassergebühren werden erhoben für
  - a) die Vorhaltung der Abwasseranlagen
  - b) die Ableitung und Behandlung von Schmutzwasser
  - c) die Entleerung, Abfuhr und Behandlung des nicht separierten Klärschlammes aus Grundstückskläreinrichtungen

- d) für die Entleerung, den Transport und die Behandlung der Abwässer aus abflusslosen Sammelgruben.
- (4) Bei einem Verstoß gegen § 11 und 12 der Abwassersatzung wird eine dadurch bedingte erhöhte Abwasserabgabe in vollem Umfange auf den Verursacher umgelegt.

#### § 2 Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühr wird nach der Menge der Abwässer berechnet, die in die zentrale öffentliche Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken unmittelbar oder mittelbar eingeleitet wird.
- (2) Als Schmutzwassermenge gilt die dem Grundstück aus öffentlichen und privaten Versorgungsanlagen zugeführte Wassermenge. Die aus öffentlichen Anlagen zugeführte Wassermenge wird durch Wasserzähler ermittelt. Die aus privaten Anlagen oder Gewässern zugeführte Wassermenge ist durch amtlich geeichte Wasserzähler nachzuweisen, welche der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einzubauen hat. Soweit bei öffentlichen und privaten Versorgungsanlagen nicht gemessen wird, gilt die durch
  - Soweit bei öffentlichen und privaten Versorgungsanlagen nicht gemessen wird, gilt die durch Schätzung ermittelte Wassermenge.
  - Bei privaten Versorgungsanlagen hat der Gebührenpflichtige den Wasserzähler unverzüglich nachzurüsten.
- (3) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasseranlage gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Der Nachweis der zurückgehaltenen Wassermenge obliegt dem Gebührenpflichtigen.
- (4) Hat ein Wasserzähler nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so werden die Wassermengen unter Zugrundelegung des Verbrauches des letzten Erhebungszeitraumes und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.
- (5) Berechnungseinheit für die Benutzungsgebühren (Abwassergebühren) sind für Schmutzwasser die Kubikmeter (m³).
- (6) Maßstab für die Entsorgung des nicht separierten Klärschlammes aus Grundstückskläreinrichtungen ist die Menge des abgefahrenen nicht separierten Klärschlammes.
  - Als Berechnungseinheit gilt der Kubikmeter (m³) abgefahrener, nicht separierter Schlamm, gemessen an der Messeinrichtung des Entsorgungsfahrzeuges.
- (7) Maßstab für die Entleerung, den Transport und die Behandlung der Abwässer aus abflusslosen Sammelgruben ist die Menge des abgefahrenen Grubeninhaltes.
  - Als Berechnungseinheit gilt der Kubikmeter (m³) abgefahrenen Grubeninhaltes, gemessen an der Messeinrichtung des Entsorgungsfahrzeuges.

### § 3 Gebührensatz

- (1) Die Mengengebühr für die Ableitung und Behandlung von Schmutzwasser beträgt 3,37 Euro/m³ bis zum 30.06.2003. Ab 01.07. 2003 beträgt die Mengengebühr für die Ableitung und Behandlung von Schmutzwasser 3,55 €m³.
- (2) Für die Ableitung und Behandlung von Schmutzwasser wird eine monatliche Grundgebühr erhoben.

Sie beträgt in Abhängigkeit von der Dimension des Wasserzählers für den Frischwasserbezug bis zum 30.06.2003

QN 2,5	5,11 <b>€</b> /Monat
QN 6	12,78 <b>€</b> /Monat
QN 10	30,68 <b>€</b> /Monat
QN 15/DN 50	51,13 <b>€</b> /Monat
DN 80	102,26 <b>€</b> /Monat
DN 100	178,95 <b>€</b> /Monat

Ab dem 01.07.2003 beträgt die monatliche Grundgebühr in Abhängigkeit von der Dimension des Wasserzählers

QN 2,5	10,00 <b>€</b> /Monat
QN 6	30,00 <b>€</b> /Monat
QN 10	60,00 <b>€</b> /Monat
QN 15/DN 50	120,00 <b>€</b> /Monat
DN 80	200,00 <b>€</b> /Monat
DN 100	350,00 <b>€</b> /Monat

(3) Die Entsorgungsgebühr für die Entsorgung des nicht separierten Klärschlammes von Grundstückskläreinrichtungen beinhaltet die Entleerung, den Transport zur Kläranlage und die Behandlung auf der Kläranlage.

Die Entsorgungsgebühr beträgt ab 01.06.2003

für die Entsorgung von nicht separiertem Klärschlamm aus Kleinkläranlagen: 9,10 Euro/m³

Die Entsorgungsgebühr für die Entsorgung des Abwassers aus abflusslosen Sammelgruben beinhaltet die Entleerung, den Transport zur Kläranlage und die Behandlung auf der Kläranlage.

Die Entsorgungsgebühr beträgt ab 01.06.2003

für die Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben: 6,16 Euro/m³

Die Entsorgungsgebühr für die Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben gilt auch für zentrale öffentliche Abwassersammelgruben in Wohnungsbaustandorten.

(4) Für die Einleitung von Schmutzwasser, das den biochemischen Sauerstoffbedarf (BSB<sub>5</sub>) von normal verschmutztem, häuslichen Abwasser übersteigt, wird ein Starkverschmutzerzuschlag erhoben.

Der Starkverschmutzerzuschlag bezieht sich auf den Gebührenanteil der Abwasserbehandlung und wird gestaffelt nach Verschmutzungsstufen wie folgt berechnet:

- bis 600 mg BSB<sub>5</sub>/l Faktor 1,00

- 601 bis 900 mg BSB<sub>5</sub>/l Faktor 1,25
- für jede weitere Verschmutzungsstufe von 300 mg BSB<sub>5</sub>/l erhöht sich der Faktor um 0,25

### § 4 Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig sind
  - a) der Grundstückseigentümer,
  - b) der Erbbauberechtigte, er tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers, sofern das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet ist,
  - c) oder anstelle des Grundstückseigentümers der Nießbraucher oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte des Grundstücks, von dem die Benutzung der Abwasseranlage ausgeht. Besteht für das Grundstück ein Nutzungsrecht, so tritt der Nutzer an die Stelle des Eigentümers. Nutzer sind die im § 9 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes (SachRBerG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2457) genannten natürlichen oder juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts. Die Gebührenpflicht dieses Personenkreises aus dieser Satzung entsteht nur, wenn zum Zeitpunkt der Fälligkeit der jeweiligen Gebühr aus dieser Satzung das Wahlrecht über die Bestellung eines Erbbaurechts oder den Ankauf des Grundstückes gemäß den §§ 15 und 16 des SachRBerG bereits ausgeübt und gegen den Anspruch des Nutzers keine der nach dem SachRBerG statthaften Einreden und Einwendungen geltend gemacht worden sind; andernfalls bleiben die Rechte und Pflichten des Grundstückseigentümers unberührt.
  - d) Mehrere Gebührenpflichtige, die nebeneinander dieselbe Leistung aus dem Gebührenschuldverhältnis schulden oder für sie haften oder die zusammen für eine Gebühr veranlagt sind, sind Gesamtschuldner.
  - e) Ist für ein Grundstück weder eine Eigentümer noch ein Erbbauberechtigter zu ermitteln, so ist gebührenpflichtig der Verfügungs- und Nutzungsberechtigte.
- (2) Im Falle des Eigentumswechsels ist der neue Eigentümer mit dem Zeitpunkt der Rechtsnachfolge an gebührenpflichtig. Ein Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat der bisherige Gebührenpflichtige der Gemeinde innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung schriftlich anzuzeigen.

- Der bisherige Eigentümer haftet gesamtschuldnerisch für die Zahlung der Gebühren bis zum Ablauf des Erhebungszeitraumes.
- (3)Die Grundstückseigentümer haben alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück betreten, um die Berechnungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.
- (4)Gebührenpflichtig bei der Entsorgung von Abwassersammelgruben in Wohnungsbaustandorten ist, wer zum Zeitpunkt der Entsorgung an die Abwassersammelgrube angeschlossen ist.

# § 5 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht, sobald das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserentsorgungsanlage angeschlossen ist.
- (2) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.
- (3) Die Gebührenpflicht endet mit Wegfall des Anschlusses an die Abwasseranlage.
- (4) Die Gebührenpflicht bei der Entsorgung von nicht separiertem Klärschlamm aus Grundstückskläreinrichtungen bzw. von Abwässern aus abflusslosen Sammelgruben entsteht mit der Abfuhr.

## § 6 Erhebungszeitraum

- (1) Als Erhebungszeitraum gilt die Ableseperiode für den Wasserverbrauch.
- (2) Entsteht die Gebührenpflicht erstmals im Erhebungszeitraum, so gilt der Zeitpunkt von der Entstehung der Gebührenpflicht bis zum Ablauf der Ableseperiode als Erhebungszeitraum.
- (3) Endet die Gebührenpflicht im Erhebungszeitraum, so gilt der Zeitraum vom Beginn der Ableseperiode bis zur Beendigung der Gebührenpflicht als Erhebungszeitraum.
- (4) Bei Gebührenerhöhungen und bei Gebührensenkungen wird der erhöhte bzw. gesenkte Gebührensatz anteilig nach Tagen berechnet. Grundlage für die Berechnung ist der durchschnittliche Wasserverbrauch nach Tagen bezogen auf die Ableseperiode.

### § 7 Veranlagung und Fälligkeit

(1) Die Gebühr wird durch Bescheid festgesetzt.

- (2) Die Abwassergebühr wird im Namen und für Rechnung der Gemeinde durch die LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG eingezogen.
- (3) Die Gebühr wird 2 Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (4) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes zu erwartende Gebühr für die Ableitung und Behandlung von Schmutzwasser sind Vorauszahlungen zu leisten. Diese werden regelmäßig mit dem Gebührenbescheid nach Abs. 1 auf der Grundlage der Vorjahresdaten bzw. der zu erwartenden Menge festgesetzt. Die Vorauszahlungen werden in der im Bescheid genannten Höhe jeweils zum 10.01., 10.03., 10.05., 10.07., 10.09., und der Abschlag mit der Verrechnung der endgültigen Abwassergebühr zum 10.11. fällig.

# § 8 Auskunfts- und Duldungspflichten

Die Abgabenschuldner und ihre Vertreter haben der Gemeinde jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Gebühren erforderlich ist und zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück und die Räume betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen und zu überprüfen.

### § 9 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig i.S. des OwiG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig seine Auskunfts-, Anzeige- oder Duldungspflicht nach § 4 und 8 dieser Satzung verletzt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld in Höhe von 5,00 bis 1.000,00 Euro geahndet werden.
- (3) Zuständig ist die Stadt Cottbus.

### § 10 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt zum 01.04.2000 in Kraft.
- (2) Der § 9 tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Cottous, den	
Karin Rätzel	
Oberbürgermeisterin der Stadt	Cottbus

Cotthus dan